

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-41 01
Telefax 030.40 81-41 99
bundesleitung@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

Berlin, 11. Oktober 2024
GB-1-Ho-bö
Durchwahl: -5201
Info-Nr.: 16/2024

Absehbare Beitragsanpassungen auch in der PKV zum 1. Januar 2025

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in vielen Bereichen werden die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mit Kostensteigerungen belastet. Auch der Gesundheitsbereich ist davon nicht ausgenommen. Viele Versicherte der Privaten Krankenversicherung (PKV) werden in den nächsten Tagen und Wochen von ihrer Versicherung darüber informiert, dass in ihrem Tarif zum 1. Januar 2025 eine spürbare Beitragserhöhung in der Krankenversicherung erforderlich sein wird.

Hinsichtlich der Höhe der absehbaren Kostensteigerungen geht der Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. im Schnitt von einer Beitragsanpassung der Beiträge zur privaten Krankenversicherung, die zum 1. Januar 2025 erfolgen soll, von bis zu ca. 18 % aus. Rund ein Drittel der Versicherten wird keine Anpassung der Beiträge erhalten. Bezogen auf sämtliche Versicherten wird die Anpassung im Durchschnitt 12 % betragen.

Die Anpassungen können im Einzelfall je nach Tarif oder Zugangsalter unterschiedlich ausfallen. Betroffen sind auch die Versicherten in den beihilfekonformen Restkostenversicherungen.

Im Gegensatz zu den Beiträgen zur privaten Krankenversicherung werden die Beiträge zur Privaten Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 nicht erhöht.

Zum Hintergrund von Beitragsanpassungen und zur Einordnung dieser Anpassungen sollen folgende Informationen beitragen:

Die Ursachen der Beitragserhöhung liegen in den zuletzt stark angestiegenen Kosten für die medizinischen Leistungen. Größter Faktor sind dabei – wie auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung – die Behandlungen im Krankenhaus. So sind allein die Leistungsausgaben für allgemeine Krankenhausleistungen im Jahr 2023 um 13,5 % gestiegen – diese Zunahme setzt sich auch im Jahr 2024 fort.

Zum weiteren Hintergrund sind unter anderem die Entwicklung der Tarifgehälter in der Krankenpflege sowie höhere gesetzliche Mindestvorgaben zum Pflegepersonal beachtlich.

Zudem verzeichnen die Privaten Krankenversicherungen eine deutliche Fallzahlsteigerung bei elektiven Eingriffen, zum Teil als Nachholeffekt der Coronapandemie und starke Anstiege bei den Arzneimittelausgaben.

Zur Beitragskalkulation der PKV-Unternehmen ist weiter wichtig, dass die Leistungsausgaben langfristig nach heutigen Preisen kalkuliert sind und hierfür die entsprechenden Alterungsrückstellungen gebildet werden. Mit den so erhöhten Beiträgen werden in erheblichem Umfang zusätzliche Rücklagen für die im Alter der Versicherten höheren Krankheitskosten aufgebaut.

Bei Vergleich der Beitragsentwicklungen GKV/PKV weist der Verband der Privaten Krankenversicherung darauf hin, dass inklusive der absehbaren Erhöhungen zum 1. Januar 2025 die mittel- und langfristige Entwicklung der PKV-Beiträge sowohl in absoluter Höhe als auch im langfristigen Vergleich moderater ausfällt als in der GKV. Dies gilt für die entsprechende Entwicklung der GKV-Beiträge an der Beitragsbemessungsgrenze und für Durchschnittsverdiener der GKV.

Anpassungen können und müssen zudem durch eine langfristige Betrachtung erfasst und verglichen werden, da die gesetzlichen Vorgaben für die private Krankenversicherung zu einer unregelmäßigen Beitragsentwicklung führen. Die PKV-Beiträge dürfen nur nach Überschreiten von vorgegebenen Schwellenwerten an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst werden. Dadurch „staut“ sich Anpassungsbedarf über mehrere Jahre auf – und muss dann durch hohe Einzelschritte erfolgen. Aus Sicht des dbb beamtenbund und tarifunion wird daher eine Verstetigung der Beitragsanpassung angeregt. Dieser Ansatz ist aber bisher von der Politik nicht aufgegriffen worden.

Mit kollegialen Grüßen

Waldemar Dombrowski
Zweiter Vorsitzender
Fachvorstand Beamtenpolitik